

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Schulausschuss - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 18.05.2015

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 18:12 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2014
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Zusätzliche Hochbaumaßnahmen 2015 für die schulischen Einrichtungen der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2015/045
- 6 Ausstattung der Schulen - zusätzliche Mittel für Anschaffungen in 2015
Vorlage: 2015/071
- 7 Niedersächsisches Schulgesetz - Antrag Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2015/063
- 8 Klassenfahrten an der KGS Rastede - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 2015/069
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Krause eröffnet die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Krause stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 14 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Schulausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2014

Der Schulausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 24.11.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

Zusätzliche Hochbaumaßnahmen 2015 für die schulischen Einrichtungen der Gemeinde Rastede

Vorlage: 2015/045

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr stellt ergänzend zur Beschlussvorlage anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die vorgesehenen zusätzlichen Hochbaumaßnahmen an den schulischen Einrichtungen der Gemeinde Rastede vor.

Auf Nachfrage von Herrn Krause erklärt Herr Unnewehr, dass beim Austausch von Beleuchtungseinheiten der Einsatz von LED-Leuchten geprüft wird und sofern wirtschaftlich darstellbar auch umgesetzt wird.

Auf weitere Anfrage von Herrn Alexander von Essen erläutert Herr Unnewehr, dass soweit von der Schule gewünscht bei anstehenden Sanierungen in den Klassenräumen auch zukunfts-fähige EDV-Anschlüsse mit verlegt beziehungsweise einzogel werden.

Herr Janßen begrüßt ausdrücklich, dass von den rund 500.000 Euro Mehreinnahmen aus der vorgenommenen Steuererhöhung ca. 300.000 Euro in den schulischen Bereich gehen und somit zuletzt aufgeschobene Maßnahmen noch in diesem Jahr umgesetzt werden können.

Herr Langhorst ergänzt, dass mit den Finanzmitteln eine wesentliche Qualitätsverbesserung an den Rasteder Schulen erreicht wird. Dessen ungeachtet sollte erfreulicherweise aber auch zur Kenntnis genommen werden, dass insbesondere an der KGS in der jüngeren Vergangenheit bereits sukzessive deutliche Verbesserungen erzielt worden sind.

Herr Alexander von Essen erinnert daran, dass er persönlich der Steuererhöhung zunächst eher skeptisch gegenüberstand, jedoch mit den nun anstehenden direkten Investitionen in den Bildungsbereich genau der richtige Weg eingeschlagen wird, der es ermöglicht, in enger Absprache mit den Schulleitungen ein hervorragendes Lehr- und Lernumfeld mit einer hohen Aufenthaltsqualität für Schüler und Lehrer zu schaffen.

Frau Fisbeck begrüßt die vorgesehene Verteilung der Finanzmittel auf die jeweiligen Schulen und führt ergänzend aus, dass sich die Rasteder Schulen auch vor der Steuererhöhung in einen ordentlichen Zustand befanden.

Beschlussempfehlung:

Die im Rahmen der Sach- und Rechtslage näher ausgeführten Baumaßnahmen im Bereich der schulischen Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2015 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Ausstattung der Schulen - zusätzliche Mittel für Anschaffungen in 2015
Vorlage: 2015/071

Sitzungsverlauf:

Frau Meyer stellt mithilfe eines Folienvortrags (Anlage 2 zur Niederschrift) das gemeinsam mit den Schulleitungen, Lehrervertretern, Elternvertretern und Schülervertretern erarbeitete Ausstattungskonzept mitsamt den Verteilungskriterien für die Rasteder Schulen vor.

Herr Janßen stimmt dem Beschlussvorschlag vollumfänglich zu, bemerkt jedoch, dass die Problematik der IT-Betreuung alsbald gegebenenfalls mit der Einstellung einer 450-Euro-Kraft geklärt werden sollte.

Frau Pfeifer begrüßt ebenfalls das Ausstattungskonzept und führt ergänzend aus, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Schulleitungen, Lehrern, Eltern und Schülern bestens bewährt und zu einem guten Ergebnis geführt hat.

Herr Kayser bestätigt, dass die gemeinsame Ausarbeitung des Konzeptes ausgesprochen harmonisch verlief. Darüber hinaus macht er aber auch deutlich, dass die vorgesehenen zusätzlichen Ausstattungsmaßnahmen an der KGS Rastede für die Lehrer und Schüler essenziell sind.

Herr Langhorst schließt sich den Ausführungen der Vorredner ausdrücklich an, unterstreicht aber darüber hinaus, dass die EDV-Wartung in den Schulen seitens des Schulträgers sichergestellt werden muss, sodass es aus seiner Sicht richtig wäre, einen zusätzlichen IT-Administrator für diesen Bereich einzustellen.

Frau Fisbeck betont, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Beschluss über zusätzliches Personal gefasst, sondern zunächst der vorgesehene Prüfauftrag umgesetzt und das Ergebnis abgewartet werden sollte.

Herr Krause bittet daraufhin die Verwaltung, im nächsten oder übernächsten Schulausschuss das Ergebnis der Prüfung in Bezug auf die IT-Systemadministration vorzustellen, sodass dann gegebenenfalls erforderliche weitere Schritte zeitnah eingeleitet werden können.

Im weiteren Verlauf werden von Herrn Süre, Herrn Salhofen und Herrn Roese ergänzende Verständnisfragen gestellt und von der Verwaltung beantwortet.

Beschlussempfehlung:

Die im Rahmen der Sach- und Rechtslage näher ausgeführten Investitionen im Bereich der schulischen Ausstattung für das Haushaltsjahr 2015 werden beschlossen und im I. Nachtragshaushalt 2015 berücksichtigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten und Kosten in Bezug auf die IT-Systemadministration an den Rasteder Schulen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

**Niedersächsisches Schulgesetz - Antrag Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2015/063**

Sitzungsverlauf:

Herr Langhorst stellt noch einmal umfassend seinen eingebrachten Antrag vor und macht hinsichtlich der Ausführungen in der Vorlage deutlich, dass er dem Vorschlag der Verwaltung, die Vorstellung des neuen Schulgesetzes und die sich daraus ergebenden Veränderungen für die Rasteder Schulen, zunächst bis zur Verabschiedung im Landtag zurückzustellen, nachvollziehen und letztendlich auch mittragen kann. Dessen ungeachtet hätte er jedoch erwartet, dass zumindest ein Sachstandsbericht zur bisherigen Umsetzung der Inklusion heute vorliegen würde.

Herr Henkel führt aus, dass aus Sicht der Verwaltung das Thema Inklusion im umfassenden Antrag bis heute lediglich eine Randnotiz darstellte, die im Gesamtkontext mit abgearbeitet werden sollte. Im Übrigen ist es in den politischen Gremien der Gemeinde Rastede übliche Praxis, zunächst einen Antrag einzubringen, um dann mit Mehrheit zu entscheiden, was beispielsweise konkret aufgearbeitet oder umgesetzt werden soll.

Herr Langhorst konkretisiert darauf hin, dass es der Fraktion Bündnis90/Grüne in Fortführung der Diskussion um die Inklusion in der Ratssitzung im März darum geht, einen fachkundigen Sachstandsbericht zur Umsetzung der Inklusion an den Rasteder Grundschulen und der KGS zu erhalten, um auch das weitere Vorgehen in Bezug auf die Förderschule Am Voßbarg erörtern zu können.

Frau Pfeifer erklärt, dass die Thematik umfassend im Rat erörtert worden ist und aus Sicht der CDU-Fraktion dem Antrag so nicht zugestimmt werden kann.

Herr Kayser legt dar, dass nach drei Jahren Inklusion es durchaus sinnvoll sein kann, einen Zwischenbericht aus den Schulen zu erhalten, zumal aus seiner Sicht die Inklusion an den Schulen keineswegs problemlos läuft.

Herr Alexander von Essen weist auf die entsprechenden Zuständigkeiten im Schulbereich hin und macht deutlich, dass der Antrag viel zu weitreichend sei und lange Berichte letztendlich zahlreiche Lehrerstunden binden würden, die sehr viel besser in der Schule eingesetzt werden sollten.

Herr Küpperbusch ergänzt, dass der Antrag in der vorliegenden Form keinen Sinn macht und gegebenenfalls besser Eltern und Schüler mit entsprechenden Erfahrungsberichten gehört werden sollten.

Herr Henkel bemerkt, dass nach der Konkretisierung durch Herrn Langhorst der Antrag in einem anderen Fokus steht, sodass sich durchaus ein berechtigter Auskunftsanspruch zum Stand der Inklusion in den Rasteder Schulen ableiten lässt.

Herr Roese betont vor dem Hintergrund der Inklusionsdiskussion in der Ratssitzung, dass die Grünen keineswegs wankelmütig sind, sondern ein ernsthaftes Interesse daran haben, sich intensiv mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Herr Langhorst unterbreitet den Kompromissvorschlag, das Thema Schulgesetz bis zur Verabschiedung im Landtag zurückzustellen und zum zweiten Themenkomplex Inklusion, die Schulleiter nicht zur nächsten Sitzung einzuladen, sondern um einen schriftlichen Bericht zum Stand der Inklusion zu bitten.

Herr Alexander von Essen signalisiert grundsätzliche Zustimmung, sofern es sich um kurze schriftliche Stellungnahmen handelt, die in Form einer Mitteilungsvorlage dargestellt werden.

Herr Krause formuliert daraufhin nachfolgende Beschlussempfehlung.

Beschlussempfehlung:

Die Beratung über das Niedersächsische Schulgesetz und die daraus resultierenden Veränderungen für die Schulen der Gemeinde Rastede wird mindestens bis zur erfolgten Beschlussfassung im Landtag zurückgestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, kurze Stellungnahmen von den Rasteder Schulen zum Zwischenstand der Inklusion einzuholen und in einer Mitteilungsvorlage darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Klassenfahrten an der KGS Rastede - Antrag der SPD-Fraktion

Vorlage: 2015/069

Sitzungsverlauf:

Herr Janßen stellt noch einmal die im SPD-Antrag formulierten wesentlichen Inhalte vor und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass der Boykott der Klassenfahrten an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) Rastede bereits seit rund zwei Jahren andauert und nichts bewirkt hat, sodass es an der Zeit ist, die Lehrer aufzufordern, die Klassenfahrten wieder aufzunehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit und das Ansehen der Schule nicht dauerhaft zu gefährden.

Herr Henkel weist im Allgemeinen zum Thema Resolutionen hin, dass die politischen Gremien darauf achten müssen, dass keine inflationäre Entwicklung einsetzt, die letztendlich dazu führen könnte, dass der Rat in der Öffentlichkeit nicht mehr ernst genommen wird. Hinsichtlich der zuletzt verabschiedeten Resolutionen weist er darauf hin, dass die Verwaltung vom jeweiligen Adressaten nicht einmal eine Eingangsbestätigung erhalten hat. Im Besonderen sollte hier deshalb die Überlegung einer Stellungnahme im Hinblick auf den Adressaten hinterfragt werden, da es im weitesten Sinne um eine tarifrechtliche Auseinandersetzung geht.

Herr Alexander von Essen erinnert daran, dass erst in der letzten Sitzung des Schulausschusses Herr Kip ein umfassendes Bild von der Situation an der KGS Rastede dargestellt hat, wobei deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist, dass alle Beteiligten im Dialog stehen. Diesen Weg hält die CDU-Fraktion nach wie vor für richtig und schlägt daher vor, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und gegebenenfalls mit einem neutralen Mediator die Gespräche auf einer sachlichen Basis fortzusetzen, um somit letztendlich auch den Boykott der Klassenfahrten beenden zu können.

Herr Kayser zeigt sich befremdet vom Antrag der SPD-Fraktion und hinterfragt unter anderem,

- ob der Fraktion bewusst sei, dass der Konflikt von einer SPD-Ministerin ausgelöst worden sei und
- ob die SPD-Fraktion der Auffassung sei, dass der Schulfrieden an der KGS nur durch die Lehrermaßnahmen gestört sei und
- ob die SPD freiwillige Leistungen zur moralischen Verpflichtung erheben möchte.

Darüber hinaus erkundigt er sich, wie die SPD als Arbeiterpartei dazu stehe, dass sich Menschen für faire Arbeitsbedingungen einsetzen und warum die Fraktion nicht im Vorfeld das Gespräch gesucht habe.

Frau Peschel zeigt Verständnis für den Antrag der SPD-Fraktion, weist jedoch darauf hin, dass trotz harter Fronten nach wie vor gemeinsame Gespräche zur Konfliktlösung stattfinden und das eigentlich die Kultusministerin Ziel der Protestaktion sein müsste.

Herr Kayser weist ergänzend zu seinen eingangs gemachten Ausführungen darauf hin, dass ohnehin nur noch die Hälfte der bisher angebotenen Klassenfahrten durchgeführt werden könnten, da durch massive Budgetkürzungen des Landes die finanzielle Grundausstattung fehlt.

Herr Langhorst gibt zu verstehen, dass die Fraktion Bündnis90/Grüne die Situation differenzierter betrachtet und die Rücknahme der zugesagten Ermäßigung für ältere Lehrer als klaren Vertrauensbruch ansieht, während die Erhöhung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde im Vergleich zum Bundesdurchschnitt durchaus akzeptabel ist.

Herr Janßen weist nochmals darauf hin, dass der Streik bislang nichts bewirkt hat und die Auseinandersetzung nicht weiter auf den Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen werden sollte, sondern die Lehrkräfte gegebenenfalls andere Protestmöglichkeiten nutzen sollten.

Herr Kayser zeigt sich erstaunt über die Aussage und erwidert, dass anderweitige Protestmöglichkeiten schon genutzt wurden und das Kollegium unter anderem an einer Demonstration in Hannover teilgenommen, einen Brief mit Lösungsvorschlägen an Kultusministerin Frauke Heiligenstadt geschickt und eine Petition übergeben hat.

Herr Süre bittet Herrn Kayser, die aufgeworfenen Fragen schriftlich zu übermitteln, damit seitens der SPD-Fraktion im Nachgang der Sitzung eine Beantwortung erfolgen kann.

Frau Fisbeck bemerkt, dass nach ihrer Auffassung eine Resolution nicht den gewünschten Erfolg bringt, sondern eher ein Appell zur Zusammenarbeit mit einem neutralen Mediator erfolgen sollte, um auf diesem Wege auch die verhärteten Fronten in der Schule auflösen zu können.

Frau Pfeifer gibt zu verstehen, dass wohl alle Fraktionen erkannt haben, dass eine Resolution wenig bewirken wird, sodass seitens der politischen Gremien gleichzeitig an Lehrer, Eltern und Schüler appelliert werden sollte, gemeinsam mit einem neutralen Mediator zielführende Gespräche zu führen, um eine Lösung des Konfliktes herbeiführen zu können.

Frau Peschel und Herr Kayser legen dar, dass der Runde Tisch an der KGS bereits eine gute Basis darstellt, auf der gesprochen werden kann, sodass aus ihrer Sicht derzeit auf einen Mediator verzichtet werden könnte.

Herr Alexander von Essen schlägt darauf hin vor, zunächst die für Mitte Juni geplanten weiteren eigenverantwortlichen Gespräche zwischen Lehrern, Eltern und Schülern in der Schule abzuwarten und im nächsten Schulausschuss über das erzielte Ergebnis zu berichten.

Herr Krause erklärt, dass dieses Vorgehen von der SPD-Fraktion nicht mitgetragen wird, sondern schon versucht werden sollte, das Problem aktiv anzugehen.

Sodann lässt Herr Krause über den Antrag der SPD-Fraktion, die Lehrkräfte der KGS Rastede in Form einer Resolution aufzufordern, die ausgesetzten Klassenfahrten wieder aufzunehmen, abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Gemeinde Rastede fordert die Lehrkräfte der KGS Rastede auf, die ausgesetzten Klassenfahrten wieder aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	8
Enthaltung:	3
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

Tagesordnungspunkt 10

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Krause schließt die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 18:12 Uhr.